Mittag=Ausgabe.

Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber= u. Breitestr.=Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.=Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank“.

Nr. 864

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn= und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn= und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 10. Dezember. 1890

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

37. Sitzung vom 9. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Vereinigung Helgolands mit dem Deutschen Reiche.

Abg. Stadthagen (Soz.) erklärt sich aus Bedenken gegen die Rechtsgiltigkeit des deutsch=englischen Abkommens gegen die Vorlage; nach seiner Ansicht hätte zu diesem Abkommen erst die Genehmigung des Reichstages eingeholt werden müssen, damit klar sei, daß das Reich das Abkommen geschlossen habe, und nicht lediglich der deutsche Kaiser. Redner vermißt im Einzelnen eine Garantie dafür, daß die Helgoländer, welche nicht Deutsche werden wollen, nicht deshalb vertrieben werden können.

Staatssekretär v. Boetticher entgegnet, daß die Vorlage gerade für diejenigen Theile des deutsch=englischen Abkommens, welche verfassungsgemäß der Genehmigung des Reichstags bedürfen, diese jetzt nachsucht, so daß damit jeder Zweifel an der Rechtsgiltigkeit hinfällig sei. Gegenüber dem Einzelbedenken beruft sich Redner auf seine früheren Erklärungen; natürlich seien die für England optirenden Helgoländer als Ausländer zu behandeln, und besondere Ausnahmebestimmungen seien hier nicht möglich. Aber Optionen für England würden überhaupt nicht vorkommen.

Die einzelnen Paragraphen der Vorlage, sowie in der Schlußabstimmung die ganze Vorlage werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen mit einem vom Abg. Klemm beantragten Zusatze, nach welchem das Gesetz mit dem Tage der Verkündigung in Kraft tritt.

Es folgt die erste Berathung des Etats.

Reichsschatzsekretär v. Maltzahn: Das Jahr 1889/90 hat für die Reichskasse abgeschlossen mit einem Ueberschuß von 2½ Mill. Die Bundesstaaten haben aus den Ueberweisungstiteln 73 Mill. mehr nach Abzug der Matrikularbeiträge erhalten, als der Etat annahm. Das kommt daher, daß an Zöllen 79 Millionen mehr einkamen, als vorausgesehen war, an Stempelabgaben 13 Millionen mehr, davon 2 Millionen aus der Schloßfreiheitlotterie, daß dagegen die Branntweinverbrauchsabgaben 19 Millionen weniger einbrachten, als der Etat annahm.

Auch das Jahr 1890/91 wird, soweit sich übersehen läßt, günstiger abschließen, als der Etat angenommen hat. Nach den Ergebnissen bis zum Schluß des Oktober wird man annehmen können, daß die Wirthschaft des laufenden Etatsjahres für die Reichskasse selbst einen Ueberschuß von etwa 10 Millionen ergeben wird und für die Bundesstaaten nach Abzug der Matrikularbeiträge an Mehrüberweisungen 66 bis 68 Millionen. Es bestätigt sich also, daß für die sehr erheblichen Forderungen der Nachtragsetats im laufenden Jahre die Mittel vorhanden sind, für die einzelnen Staaten verbleibt immer noch ein günstiger Abschluß des laufenden Etatsjahres. Der Ueberschuß setzt sich, wie folgt zusammen. An Mehrausgaben werden sich voraussichtlich ergeben 13⅔ Millionen, denen Minderausgaben von 4⅓ Millionen gegenüberstehen, so daß thatsächlich 9⅓ Millionen mehr zur Verausgabung gelangen. Bei den dem Reiche verbleibenden Einnahmen rechnen wir auf 22 Millionen mehr und 2⅔ Millionen weniger, so daß nach Abzug der Mehrausgaben von den Mehreinnahmen die erwähnten 10 Millionen bleiben. Von den Mehrausgaben entfällt der Hauptposten auf die Verwaltung des Reichsheers, etwa 12½ Millionen, und hier wieder in der Hauptsache auf die Brot= und Fourageverpflegung, für Preußen allein 5600000 Mark. Doch sind zur Zeit die Preise keineswegs höher als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Vielmehr hat die Berücksichtigung der Oktoberpreise bei Veranschlagung des Bedarfs eine Herabminderung des nach dem 10jährigen Durchschnitt genommenen Ansatzes ergeben. Mehrausgaben ergaben sich dann für Flurschäden bei Manövern in Folge der Witterungsverhältnisse, für Verwaltung der Remontedepots wegen der höheren Preise für die Pferde und der vorjährigen Strohernte, für Vorspann= und Transportkosten, weil eine größere Zahl von Truppen als angenommen befördert wurden, wodurch wieder die Einquartierungslasten erleichtert und die Reserven früher entlassen werden konnten. Die Minderausgaben ergeben sich wesentlich daraus, daß die Verzinsung der Reichsschuld weniger in Anspruch nehmen wird als man erwartete, da man die Begebung der Reichsanleihen auf das unbedingt Nothwendige beschränkt hat. Die Mindereinnahmen entfallen im Wesentlichen auf die Branntweinmaterialsteuer mit etwa 2 Millionen.

Die Zolleinnahmen ergeben für 1889/90 allerdings ein Mehr von 65—67 Millionen. Dennoch darf man vorsichtiger Weise die Einnahme aus den Zöllen für das Jahr 1890/91 nicht höher als 350 Millionen veranschlagen, da in den Sommermonaten des Jahres 1890 der Import von Getreide stärker war, als in den Sommermonaten des Vorjahres, folglich ein geringerer Import für den bevorstehenden Winter zu erwarten ist. Außerdem war die Ernte des laufenden Jahres in Deutschland wesentlich besser als in den Vorjahren, und der Rubelstand für den russischen Kornimport nach Deutschland ist nicht so günstig.

Redner erläutert die Etatsziffern für 1890/91. Von den geforderten Mehrausgaben ist der größte Theil die Konsequenz früherer Beschlüsse des Reichstags. Für die aus den Nachtragsetats folgenden Ausgaben mußte der volle Jahresbetrag eingestellt werden, während in den Nachträgen nur der Etat für einen Theil des Jahres eingestellt wurde. Es sind erhebliche Erhöhungen der Titel für Beschaffung der Munition nothwendig nach der Einführung des neuen Gewehres und des neuen Pulvers; ferner Kosten für größere Sicherung und Vermehrung der Schießstätten, erhöhte Verzinsung der Schulden und Ausgaben für das Alters= und Invaliditätsgesetz. Das zusammen macht schon 38½ Mill. Von Forderungen, die früher abgelehnt wurden, ist nur die Forderung von Prämien für gediente Unteroffiziere wiederholt. Eine Neuforderung ist die Forderung für eine andere Gestaltung der Entschädigung für Offiziere und Aerzte, eine Konsequenz früherer Resolutionen des Reichstags. Wir haben entsprechend einer früheren Resolution des Reichstags die etatsmäßigen Beamtenstellen sehr erheblich vermehrt, bei der Reichspost= und Telegraphenverwaltung allein um über 3000; in Ausführung einer Resolution ist auch das System der Dienstaltersstufen, das bisher nur in der Reichseisenbahnverwaltung eingeführt war, auf einige weitere Klassen ausgedehnt worden. Desgleichen ist eine Forderung des Etats dazu bestimmt, da, wo nach dem jetzigen System Stagnationen in Bezug auf das Aufrücken der Beamten eintreten, solche Härten auszugleichen. Im übrigen wird die weitere Verfolgung der Resolutionen in Fühlung mit der preußischen Regierung zu erfolgen haben. Diese ist geneigt, dem entsprechenden Verlangen ihres Landtages näher zu treten; und wenn das geschieht, würde für die Reichsverwaltung ein stärkerer Antrieb für ein gleiches Vorgehen gegeben sein.

Die gegen die 3prozentige Verzinsung der Reichsanleihe erhobene Kritik beruht auf einem Irrthum. Die Gestaltung des Etats wird davon nicht berührt, vielmehr bleibt die Frage des Zinsfußes zur Zeit noch eine völlig offene. Die Gestaltung des Geldmarktes wird von der Reichsverwaltung mindestens mit derselben Aufmerksamkeit verfolgt wie von den übrigen Kreisen. Das Vorgehen der Rechtsverwaltung beruht auf sehr eingehenden Erwägungen, die in beständiger Fühlung mit der preußischen Verwaltung geführt worden sind. Bei Ausgabe des letzten Anleihepostens standen wir vor einer absoluten Zwangslage.

Die Veranschlagung der Einnahme ist nach den bisherigen Grundsätzen erfolgt. Bei den Zolleinnahmen können wir im nächsten Etatsjahre nicht auf eine ebenso hohe Ueberschreitung, wie in den letzten Jahren rechnen, weil diesmal die Mehrergebnisse der letzten Jahre schon mit in Betracht gezogen sind. Die Branntweinsteuerverbrauchsabgabe wurde trotz des bisherigen Minderergebnisses in gleicher Höhe eingestellt, weil wir hoffen können, daß nunmehr die in den Motiven des Gesetzes angenommenen dauernden Einnahmen erreicht werden.

Bei der Abgrenzung der Ausgaben in ordentliche und außerordentliche haben wir wieder den früheren Grundsatz verfolgt, daß wir da, wo wir zweifelhaft waren, auf welche der beiden Deckungsarten eine Ausgabe zu verweisen sei, wir sie der Einnahme des ordentlichen Etats zuwiesen. Wir haben uns zugleich bemüht, den Etat noch solider wie bisher zu gestalten, einmal durch Erhöhungen des früheren Zuschusses zu den Ausgaben der Marineverwaltung und sodann durch Einstellung von 10 Millionen einmaliger Ausgaben, um den Aprilfonds des nächsten Jahres zu übernehmen, weil bei einer so hohen Summe es bedenklich wäre, die Aprilausgaben aus den Mitteln des neuen Etatsjahres zu nehmen. Nach Abzug dieser 10 Millionen würde die Mehrüberweisung an die Einzelstaaten sich also auf 56—58 Mill. belaufen.

Zur Zeit deckt das Reich vollkommen seine eigenen Bedürfnisse aus seinen eigenen Einnahmen und kann den Einzelstaaten noch einen kleinen Betrag für ihre Zwecke überweisen. Entstehen aber neue kostspielige Ausgaben für die Regierung, so ist zu befürchten, daß die eigenen Einnahmen des Reiches hierfür nicht mehr ausreichen werden, daß also jedenfalls jede Zuweisung an die einzelnen Staaten fortfallen muß. Eine derartige neue Ausgabe sind in diesem Etat die Ausgaben für die Ausführung des Alters= und Invaliditäts=Versicherungsgesetzes. Wenn diese Ausgaben sich mehr fühlbar machen werden, und das wird bald geschehen, dann wird die Nothwendigkeit hervortreten, die eigenen Einnahmen des Reichs zu vermehren. Den größten Theil der Ausgaben bilden die Ausgaben für die Zwecke der Landesvertheidigung, der Wehrhafterhaltung des Reiches zum Zwecke der Erhaltung des Friedens, der Fortführung der Sozialgesetzgebung zum Zwecke der Erhaltung des inneren Friedens. Solche Einnahmen werden Sie bewilligen, dessen bin ich gewiß. Denn die Ziele, zu deren Erreichung alle Ausgaben und Einnahmen des Reiches bestimmt sind, sind dieselben, welche schon vor Jahrhunderten diejenigen Männer verfolgt haben, welche damals Deutschlands Namen hochhielten und zur Geltung brachten, die alten Hanseaten, die es als den Zweck ihres deutschen Gemeinwesens hingestellt haben, wenn sie an die Thüre ihres Vorortes Lübeck geschrieben haben; concordia domi, foris pax, Eintracht daheim, draußen Friede. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Es ist das erste Mal seit dem Kanzlerwechsel, daß ein Gesammtetat für den Reichshaushalt hier festgestellt wird. 8 Monate sind seit dem stattgehabten Kanzlerwechsel verflossen, und der allgemeine Eindruck geht dahin: Es geht auch so im Deutschen Reiche, es geht auch ohne den Fürsten Bismarck insbesondere auch in der auswärtigen Politik. Allerdings in der auswärtigen Politik ist der Nachlaß aus der früheren Regierung weit günstiger als in der inneren Politik. Der Dreibund ist mehr als eine diplomatische Abmachung und ist als Friedensbund der einmüthigen Zustimmung der Völker in Mitteleuropa sicher. Die gegenwärtigen Verhältnisse liegen in der That so einfach in der auswärtigen Politik, daß sie auch ohne besondere Aktion fortdauern können. Indessen muß ich doch in Bezug auf die auswärtige Politik eine Verbesserung konstatiren. Namentlich die letzte Regierungsperiode des Fürsten Bismarck war bezeichnet durch wiederholte Reibungen mit Grenzstaaten und deren Regierungen. Jedes an sich unbedeutende Vorkommniß wurde durch die offiziöse Presse aufgebauscht, als wenn Deutschland an seinen Grenzen von wilden Völkerschaften bedroht wäre. Das trug den Keim zu weiteren Verwickelungen in sich. In jedem Falle wurde die deutsche Geschäftswelt auch dadurch beunruhigt. Das hat inzwischen vollständig aufgehört. Die auswärtige Politik ist in der That langweilig geworden, und wir können nur wünschen, daß sie so langweilig bleibt, weil das den Interessen der Völker am meisten entspricht.

Weit weniger günstig ist der Nachlaß in Bezug auf die innere Politik vom früheren Reichskanzler, und wir können nur wünschen, daß namentlich diejenigen Inventarstücke in derselben, die seit 1878 überkommen sind, ausgeschieden werden. Eines darunter, das Sozialistengesetz ist mit dem 1. Oktober ausgeschieden worden. Der Herr Reichskanzler hat jüngst im preußischen Abgeordnetenhause konstatirt, daß die Regierung nicht im Mindesten zweifelhaft darüber sei, daß sie auch mit den bestehenden Vollmachten ohne jede Erweiterung derselben im Stande sei, die Ruhe und Gesetzmäßigkeit aufrecht zu erhalten. Dieser Ausspruch des Reichskanzlers mußte uns mit um so größerer Befriedigung erfüllen, als wir selbst diese Ansicht zu jeder Zeit, auch im vorigen Jahre, an dieser Stelle schon vertraten. Indessen, wäre der Reichskanzler etwa im vorigen Jahre Abgeordneter hier gewesen, und hätte er damals dieselben Ausführungen gemacht, wie wir, so würde er Gefahr gelaufen sein, gleich uns, wie damals die Aussprüche hießen, zu den „Begünstigern der internationalen Sozialrevolution“ gezählt zu werden, oder zu denjenigen, die im „Parteifanatismus“ als „Fraktionspolitiker“ verknöchern. So rasch können sich binnen Jahresfrist die Ansichten an maßgebender Stelle ändern, ohne daß in den Verhältnissen selbst eine Aenderung eingetreten ist.

Wir hätten sehr gerne gewünscht, daß noch ein anderes Inventarstück der inneren Politik des früheren Reichskanzlers ausgeschieden wäre. Aber im Gegentheil, die Invaliditätsversicherung tritt mit dem 1. Januar 1891 in Kraft. Unserer Ansicht nach beruht dieses Gesetz ebenso wie das Sozialistengesetz auf falschen Vorstellungen über die tauglichen Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Mir ist noch niemals ein Reichsgesetz vorgekommen, dem von seinem Inkrafttreten die Bevölkerung des Reiches so fremd gegenüber steht wie diesem Gesetz. In eiserner Theilnahmlosigkeit verharren insbesondere die Millionen der Nächstbetheiligten, für welche dieses Gesetz bestimmt ist, ja selbst diejenigen, die unmittelbar nach dem Inkrafttreten ohne bemerkenswerthe Gegenleistung sofort in den Genuß einer Alterspension treten, sind schwer zu bewegen, sich auch nur die Bescheinigung über ein vorhandenes Arbeitsverhältniß zu beschaffen, das die Vorbedingung für die Erlangung dieser Pension ist. Meines Erachtens stellt diese Erscheinung ein gutes Zeugniß aus für den noch im Volke herrschenden gesunden Sinn. Es beweißt, daß das Gefühl für Selbstverantwortlichkeit in hohem Maße lebendig ist, daß das Bestreben, sich selbst zu helfen, ein reges ist im Volke. Die Vorstellung, daß man, auch wenn man nicht im öffentlichen Dienst steht, einen Anspruch hat gegenüber dem Reich auf Alters= und Invalidenversorgung, auf eine Rente, zu welcher die Mittel zu einem großen Theil auf Kosten der Gesammtheit der Steuerzahler beschafft werden, diese Vorstellung ist im Großen und Ganzen der Bevölkerung nach völlig fremd. Diese Vorstellung muß erst künstlich durch das Invaliditätsgesetz eingeimpft werden, und wenn dann diese Vorstellung mehr und mehr Eingang findet, dann werden Sie einen neuen Nährboden schaffen für die Sozialdemokratie, für die verwandten Vorstellungen, die dieselbe beherrschen, und für weitergehende Forderungen, die von derselben vertreten werden. Die Inkrafttretung der Invalidenversicherung wird nicht, wie der Schatzkanzler eben meinte, die Zufriedenheit fördern im Volke, sondern in dem Maße, wie man erkennen wird, daß die künstlich durch dieses Gesetz großgezogenen Ansprüche auf Staatshilfe nur eine kümmerliche Befriedigung finden können, wird eine neue Unzufriedenheit in wachsendem Umfange im Volke entstehen. Es werden Jahrzehnte Generationen hingehen, bis allerseits das Verständniß lebendig wird, daß das Reich nicht Millionen Zuschüsse geben kann als indem es zwangsweise nahezu demselben Millionen dafür an Steuern auferlegt. Aus diesen Gründen sehen wir der Inkrafttretung der Invaliditätsversicherung als einem wahrhaft verhängnißvollen Schritte des Reiches entgegen. (Sehr richtig! links.) Wenn irgendwo eine entfernte Möglichkeit noch wäre, das durch einen Antrag zu verhindern, um die Inkrafttretung noch ein Jahr hinauszuschieben und erneuten Erwägungen Raum zu geben, wir würden diesen Antrag sofort einbringen. Leider ist keine Aussicht auf Unterstützung durch die Mehrheit des Hauses und durch die Regierung vorhanden. Und so bleibt nichts übrig als vor der Oeffentlichkeit und dem Lande noch ein Mal zu konstatiren, daß wir jede Verantwortlichkeit ablehnen für den Sprung ins Dunkle, oder wie ein konservativer Redner sagte, für den Sprung in den hell erleuchteten Abgrund, der mit der Inkrafttretung des Invaliditätsgesetzes gethan wird. (Sehr richtig, links.)

Enthält nun dieser Etat wirklich die Gesammtheit der Forderungen, die man für das kommende Jahr an uns zu richten entschlossen ist? Man hat allerlei gemunkelt, als ob den Spuren des vorigen Jahres folgend, innerhalb der Militärverwaltung noch weitere Forderungen beabsichtigt sind. Ich hoffe, daß dem nicht so ist. Denn die Neuforderungen für Heer und Marine bedürfen eher einer Verkürzung, als daß sie eine weitere Vermehrung gestatten. Aber auch in formeller Beziehung kann man überhaupt einen Reichshaushalt nur sachgemäß prüfen, wenn man alle Forderungen unmittelbar vor sich sieht und in ihrer Nothwendigkeit und Nützlichkeit gegen einander abwägen kann. Auch die Rücksicht auf die Finanzen der Einzelstaaten gebietet es, nicht mit Nachtragsetats wiederzukommen, die durch Erhöhung der Matrikularbeiträge die Finanzen dieser Staaten in Verwirrung bringen.

Das Extraordinarium des vorliegenden Etats beträgt 190 Millionen, also erheblich weniger als das vorjährige. Indessen dürfen wir nicht übersehen, daß das Extraordinarium im Vorjahre deshalb so groß war, weil neue große Kredite für Artillerie, Waffen und Befestigungswesen in ihm enthalten waren, die auch in dem laufenden Jahre noch nicht völlig bezahlt sind, aus denen also unzweifelhaft noch große Restbeträge in das neue Jahr übergehen. Von dem Extraordinarium entfällt der größere Theil auf Militär und Marine. Seit 1887 bis 1892 sind hierfür im Extraordinarium im Ganzen 949 Millionen gefordert worden, während für die Jahre 1884 1889 für den Eisenbahnbau in allen Theilen Deutschlands nur 615 Millionen verwandt wurden, so daß also das Extraordinarium für Heer und Marine die Aufwendung für den Eisenbahnbau um 50 Prozent überschreitet. Wir haben ja die Nothwendigkeit nicht geleugnet, daß große extraordinäre Mittel bewilligt werden müssen, um bei den Fortschritten der militärischen Technik Schritt zu halten mit den anderen Völkern. Aber es kommt uns vor, als ob man im Heer= und Marinewesen jetzt zu viel auf einmal erneuert, als ob man von allen Seiten ohne dieselbe Rücksicht auf die Finanzlage, die früher maßgebend war, bestrebt ist, kostspielige Neuerungen herbeizuführen, Neuerungen, die nicht blos nothwendig sind, sondern auch das enthalten, was nur wünschenswerth oder bequem ist. Daß von diesem Extraordinarium für dieses Jahr 86 Millionen Mark durch Anleihen gedeckt werden, kann mich nicht gegenüber den erheblichen Gesammtaufwendungen des

übrigen trösten. Denn nach den Nachweisungen von März 1887 bis Oktober 1890 ist die verzinsliche Reichsschuld von 486 Mill. auf 1275 Millionen, in 3½ Jahren angewachsen. Die Regierung besitzt auch noch Vollmacht zur Inanspruchnahme eines Kredits von 253 Millionen, so daß, wenn sie davon Gebrauch macht, eine Steigerung in der Reichsschuld von über einer Milliarde in 3½ Jahren eintritt. Diese Ziffern geben ebenso zu denken wie die Vorgänge bei den letzten Anleihen. Das Konsortium für 3½=prozentige Reichsanleihen im Februar hatte nur für die Hälfte Zeichnung gefunden. Die Anleihe von Oktober ist nun allerdings überzeichnet worden. Aber schon am zweiten Tage nach der Auflegung ist der Kurs der neuen Anleihe gesunken unter den Begebungskurs und hat ihn nicht mehr erreicht. Man hat also in großem Umfange gezeichnet nicht zu Anlagezwecken, sondern aus Spekulation, um die Obligationen bald wieder los zu werden. Zwei Tage nach dem Zeichnungstage mußte die Reichsbank, um den Ansprüchen des Privatkredits zu genügen, den Diskontosatz von 5 auf 5½ Prozent erhöhen. Man hat das dem ungünstigen Zeitpunkte und dem Umstand zugeschrieben, daß maßgebende Persönlichkeiten zu spät vom Urlaub zurückgekehrt sind. Ich will diesen Persönlichkeiten Gelegenheit geben, sich hier auszusprechen. Nur die Thatsache will ich konstatiren, daß aufgespartes Kapital nicht in dem Maße vorhanden war, als das Reich in Anspruch nehmen wollte. Wenn aber ein Finanzminister selbst schon in der Lage ist, sich die Bedingungen vorschreiben lassen zu müssen für eine Anleihe, so ist das ein Zustand, den ich mir, wie der Schatzsekretär es darstellte, als Privatmann nicht wünsche. Wir haben also alle Veranlassung, die Extraordinarien so streng zu beurtheilen wie nur möglich und wo wir kürzen können, diese Kürzungen zu verwenden, um den Anleihebedarf zu vermindern. Ich habe diese Politik bereits bei den Nachtragsetats verfolgt, wobei auf meinen Antrag 12 Millionen für Uebungen mit dem neuen Gewehr aus den ordentlichen Mitteln gedeckt wurden. Ich billige es, daß man in diesem Jahre aus ordentlichen Mitteln einen größeren Theil des Marine=Extra=Ordinariums deckt als früher. Für mich aber kann bei der Prüfung des Extraordinariums nicht allein der Umstand ins Gewicht fallen, ob es möglich ist, das Extraordinarium aus ordentlichen Mitteln in größerem Umfange statt aus Anleihen zu decken. Wenn wir auch das ganze Extraordinarium aus laufenden Mitteln decken, so würde ein großes Extraordinarium doch mit großen Unzuträglichkeiten für die volkswirthschaftlichen Verhältnisse verknüpft sein. Das große Extraordinarium hatte große einmalige Bestellungen, Ausschreibung großer Lieferungen von Seiten der Behörden zur Folge. Daraus folgt eine plötzliche große Nachfrage auf gewissen industriellen Gebieten nach Materialien und Arbeitern. Die Preise steigen, die Lieferanten, die Arbeitgeber werden mit Aufträgen beladen, sodaß sie ihre gewöhnlichen Kunden kaum befriedigen können. Sie legen auf den Absatz im Auslande weniger Gewicht, und kurz darauf sind die großen Aufträge ausgeführt. Dann kommt ein Rückschlag, dann gehen die Preise zurück, werden die Arbeiter entlassen. Aber die Kundschaft im Auslande wird nicht so leicht wiedergewonnen wie sie verloren gegangen ist. Es wird also eine störende Wellenbewegung hervorgerufen, welche nach allen Richtungen Nachtheil mit sich bringt. Wie falsch in der Session 1888/89 es war, einen so umfassenden Flottenbauplan so plötzlich in Angriff zu nehmen, wie es geschehen ist, wird nun ganz besonders aus diesem Etat klar. Es sind kaum 2 Jahre her, daß der Reichskanzler, der damalige Leiter des Marinewesens, ausgesprochen hat, daß, um die Marine auf der Höhe zu erhalten, für 5 Jahre eine durchschnittliche jährliche Rate von 8 Millionen bewilligt werden muß, und in diesem einzigen Etat, der uns vorliegt, sind 45 Millionen für Schiffsbau ausgeworfen, also 5 Millionen mehr, als Herr von Caprivi damals für 5 Jahre für richtig hielt. Die Steigerung der Preise der Materialien hat auch ihre Rückwirkung auf den ordentlichen Etat. Die Schiffe, welche hergestellt werden, und die man damals auf 114 Millionen berechnete, kosten nach dem jetzigen Anschlage 141 Millionen. Ein einziges Panzerschiff, welches damals auf 9 300 000 M. veranschlagt war, kostet jetzt 11 320 000 M., sodaß uns jedes Panzerschiff einschließlich Armirung auf 15 Millionen zu stehen kommt. Damals hat man von mancher Seite die Befürchtung ausgesprochen, wenn so viele große Schiffsbauten mit einem Male in Angriff genommen würden, so würde man befürchten müssen, daß die Pläne nicht mit der nöthigen Sorgfalt und Gründlichkeit ausgearbeite werden. Ich befürchte Angesichts dieses Etats, daß sich das jetzt schon bestätigt. Wir finden nämlich hier Kosten für Aenderungen der Konstruktion, während des Baues und nach den Probefahrten bei jedem Panzerschiffe 1 400 000 Mark. Dazu kommt der beschleunigte Ersatzbau für die beiden vor Apia zu Grunde gegangenen Schiffe, dazu der kostspielige Bau der ganz überflüssigen Kaiseryacht, und außerdem eine Forderung für Torpedofahrzeuge, an welche vor 2 Jahren nicht gedacht worden ist. Es liegt also nahe, zu prüfen, ob es richtig ist, daß man, abgesehen von den bereits in Angriff genommenen Schiffen, auch noch neue Schiffsbauten in Angriff nahm, selbst wenn sie in dem Plane von 1888/89 vorhanden waren. Herr von Caprivi wollte als Chef des Marineamtes damals auch diese neuen Schiffe, meinte aber, wir hätten 10 Jahre Zeit. Jetzt sollen diese Panzerfahrzeuge in fünf Jahren hergestellt werden. Auch für die Frage der Küstenvertheidigung sind namentlich seit der Erwerbung Helgolands, manche neuen Gesichtspunkte gewonnen.

Die verschiedenen Positionen des Extraordinariums für das Militär sind an sich so ungleichartig, daß man einheitliche Gesichtspunkte schwer aufstellen kann. Große Opfer werden auch in diesem Jahre besonders verlangt für Kasernen. Wir sind sehr freigiebig gewesen in der Herstellung neuer Kasernen, namentlich wenn es sich um Dislokationen von Truppen nach der Ost= oder Westgrenze handelte. Aber abgesehen davon, bekommt man den Eindruck, als ob bei der Dislokation überhaupt jetzt mit weit weniger Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse verfahren wird als früher. Es wurden im Innern des Landes oft Kasernen dringend gefordert unter Betonung der militärischen Nothwendigkeit. Aber noch bevor die Kasernen fertig waren, ist der betreffende Truppentheil verlegt worden. Wir wissen nicht, wie viele Kasernen in Folge dessen leer stehen. Wir haben jede Uebersicht über die Kasernirung verloren in Folge der vielen Verlegungen. Es werden für Kasernen im preußischen Heeresetat in diesem Jahre 24 erste Bauraten, 16 Forderungen für Grunderwerb, 9 für Bauprojekte, dazu 31 Forderungen für fortgesetzte Bauten verlangt. Dazu kommt eine große Anzahl anderer Neubauten, von Dienstgebäuden, Kommandanturgebäuden, Kirchen u. s. w., Alles soll auf ein Mal so rasch wie möglich hergestellt werden. Je mehr die nothwendigen Ausgaben sich steigern, desto mehr sollte man sich doch beschränken in dem, was nicht absolut nothwendig ist.

Bei dem ordentlichen Militäretat sind 7 Millionen mehr eine Konsequenz der Heeresverstärkung des Sommers; die Verantwortlichkeit denen zu überlassen, welche für diese Heeresverstärkungen gestimmt haben. Die Mehrkosten für die neue Munition wird man ja, wenn einmal die neuen Munitionen und Waffen unvermeidlich waren, nicht ablehnen können, wenn sie sich als Konsequenzen herausstellen. Aber wenn man diese Mehrkosten so klar vorher gewußt hätte, so würde man sich vielleicht in Bezug auf andere Militärausgaben kritischer verhalten haben. Wenn hier solche nothwendigen Mehrausgaben hervortreten, dann ist es um so dringender geboten, alles, was nicht absolut nothwendig ist und an neuen Militärforderungen hervortritt, wenigstens zur Zeit zurückzustellen, und da habe ich in erster Reihe die 4½ Millionen Unteroffizierprämien im Auge. Aus der Heeresverstärkung folgt die Nothwendigkeit dieser Unteroffiziersprämien nicht; denn jene hat das Kontingent der Unteroffiziere nur um etwa 4 Prozent erhöht. Umgekehrt lassen gerade die Nachtragsetats dieses Sommers solche Unteroffiziersprämien selbst dann entbehrlich erscheinen, wenn man vorher für dieselben entschlossen gewesen wäre. Die damals beschlossenen Gehaltsverbesserungen sind zugleich Verbesserungen der Zukünfte der Unteroffiziere, denn alle diese Beamtenstellen sind ja dem Unteroffizierstande in Folge des Zivilversorgungssystems vorbehalten. Frankreich kann für uns nicht vorbildlich sein: dort kennt man nicht das Zivilversorgungssystem in dem Umfange wie hier. Je länger die Unteroffiziere in Folge der Prämien im Militärdienst bleiben, desto untauglicher sind sie später für den Zivildienst.

Der Gedanke eines Ersatzes von Offizieren durch Unteroffiziere für das Kriegsheer ist mir im hohen Grade sympathisch, aber warum giebt man diesem Gedanken nicht die volle Konsequenz auch für das Friedensheer? Sie werden schließlich doch dazu übergehen müssen, Sie werden nicht eher in normale Besoldungs= und Avancementsverhältnisse, sowohl für die Unteroffiziere wie für die wissenschaftlich gebildeten Offiziere kommen, als bis man Feldwebel=Lieutenants anstellt und die Zahl der Sekonde=Lieutenantsstellen für Offiziere mit wissenschaftlicher Vorbildung vermindert im Verhältniß der Premierlieutenants= und Hauptmannsstellen. — Es sollen die 13. Hauptleute zu Stabsoffizieren gemacht werden. Dazu liegt gar kein Grund vor, da ja die Funktion der Offiziere gar keine Aenderung erfährt, sondern nur ihre Zulagen erhöht werden. Die Mittel für neue Kriegsschulen lehnen wir nicht ab; aber die Mittel für neue Unteroffizierschulen und die Vermehrung der Kadettenzahl können wir nicht bewilligen, da wir eine solche einseitige Erziehung nicht für ersprießlich halten. Ich habe ausgerechnet, daß die höheren Offiziere für Eisenbahnfahrten eine höhere Vergütung erhielten, als das Billet kostet. Die Vergütung für eine Reise von Berlin nach Köln und zurück beträgt 144 M., während ein Retourbillet 2. Klasse nur 60 M. kostet. (Hört!) Das läppert sich zu Millionen zusammen, weil das gegenwärtige System geradezu eine Prämie enthält, möglichst viel zu reisen. Ich werde deshalb hier und im preußischen Abgeordnetenhause auf die Sache zurückkommen.

Wenn wir auf diese Weise etwas ersparen, werden wir zu einer Aufbesserung der Diätare übergehen können. Diese stehen uns doch näher als alle schwarzen Landsleute in Afrika. Alles Pulver und Blei hat die schwarzen Bundesbrüder der Zivilisation nur wenig näher geführt. Nachdem wir endlich im Norden den Aufstand unterdrückt, hat sich im Süden wieder ein mächtiger Häuptling erhoben. Die amtlichen Berichte, daß auf Grund der Erfolge des Herrn v. Wißmann die Autorität der Deutschen vollkommen gesichert sei, haben also auf starker Selbsttäuschung beruht. Wir sind nicht reich genug, ein Gebiet größer wie Deutschland mit einem dichten Netz von Militärstationen zu überziehen, zumal das bischen Karawanenverkehr nach der Küste jetzt fast ganz aufgehört hat. Von der Thätigkeit der deutsch=ostafrikanischen Gesellschaft erfahren wir nichts. Allerdings, wenn Afrika durch Reden und Toaste im Kaiserhof kultivirt werden könnte, dann wären wir ja schon sehr weit. (Heiterkeit.) Jetzt sind wir glücklich auf dem Standpunkt angelangt, daß das Reich die ganze Verwaltung übernimmt. Dann sollte man aber wenigstens auch die Einnahmen für das Reich in Beschlag nehmen. Das Reich aber überläßt jährlich 600 000 Mark aus den Zolleinnahmen der Gesellschaft. Ich halte den mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag materiell und formell für verfehlt. Streng formell liegt ja eine Verpfändung des Reiches nicht vor; daß man aber den Reichstag nicht befragt hat, ist konstitutionell nicht richtig.

Was die Einnahmen betrifft, so ist es um die Reichsfinanzen noch günstiger bestellt, als die Einnahmeziffern erkennen lassen. Das ist kein Verdienst der Verwaltung, sondern eine Folge der Steuerbewilligungen im Voraus. Die Finanzlage gestattete es sehr wohl, die Aufhebung und Ermäßigung der Lebensmittelzölle, die wir fordern, sofort vorzunehmen. Sollen doch den Einzelstaaten 66 Millionen in diesem Jahre mehr überwiesen werden, als veranschlagt war. Wir haben im laufenden Jahre ein Mehr bei den Zöllen von etwa 87 Millionen zu erwarten. Durch Richtigstellung der Einnahmen und mäßige Beschneidung der Ausgaben lassen sich also ohne neue Deckungsmittel die Aenderungen, die wir vorschlagen, durchführen. Neue Einnahmen werden wir auf eine Reihe von Jahren hinaus nicht nöthig haben. Damit habe ich meine Stellung zur Zuckersteuer schon gekennzeichnet. Wir wollen die Materialsteuer mitsammt der Exportprämie rund heraus ausheben. Das wäre eine wirkliche Reform und nicht blos eine fiskalische Maßregel. Statt dessen geht der Zuckersteuergesetzentwurf auf eine Erhöhung der Staatseinnahmen hinaus. Die Zuckerfabrikanten, welche auf die Exportprämien einen wohl erworbenen Anspruch zu haben glauben, agitiren ja recht eifrig gegen das Gesetz, aber es sind immer dieselben Statisten, die über die Bühne gehen. Es hat uns gefreut, daß der Herr Reichskanzler für die Interessenten=Deputation nicht zu sprechen war. Leider scheint die Regierung nicht geneigt zu sein, überall der Politik der Sonderinteressen ein Ende zu machen. Wir begrüßen ja die Verhandlungen mit Oesterreich mit Freuden, aber nur als den Beginn allgemeiner Zollermäßigung. Würden wir Differentialzölle schaffen, dann würden wir nur Repressivmaßregeln anderer Staaten heraufbeschwören. Wir versprechen uns einen Erfolg von den Verhandlungen nur, wenn man einsieht, daß eine Tarifermäßigung nicht ein dem Nachbarn gebrachtes Opfer ist. Von diesem Standpunkte aus haben wir unsern Antrag im Mai gestellt. Die sofortige Ermäßigung der Getreidezölle ist seitdem noch dringender geworden, denn inzwischen ist der Roggenpreis noch um 15 M. gestiegen. Die Konsumenten leiden um so mehr darunter, als durch den Ausfall der Kartoffelernte die Kartoffelpreise in die Höhe getrieben sind, und die Fleischpreise sich in der alten Höhe behaupten. Wir verlangen eine Aufhebung der Fleischzölle und eine endliche Aufhebung des Einfuhrverbots gegen amerikanischen Speck und Schweinefleisch. Dieses Verbot ist gegen den Willen der Medizinalkommission eingeführt worden zu Gunsten der Viehzüchter. Schon bröckeln die Löhne ab, die Kohlen sind theuer; um so ungerechter ist es, die Entbehrungen der Armen noch durch die Reichsgesetzung zu verschärfen. Diese Vertheuerungspolitik zu Gunsten der Wohlhabenden muß aufhören. Je rascher die Umkehr, um so segensreicher für unser Vaterland. (Beifall links.)

Reichskanzler v. Caprivi: Was Herr Richter heute vortrug, haben wir ja seit Wochen schon in der „Freisinnigen Zeitung“ gelesen. Ich kann nur sagen, solche Expectorationen sind nicht geeignet, die Verhandlungen mit den Nachbarstaaten zu fördern. (Zustimmung rechts.) Herr Richter hat seine Befriedigung über die Erleichterung der Grenzsperre ausgesprochen. Der Moment dazu war eigentlich nicht gut gewählt: ich weiß nicht, ob Herr Richter das Telegramm aus Beuthen von gestern gelesen hat, daß von 107 eingeführten russischen Schweinen 30 krank gewesen sind. (Hört! Hört!) Herr Richter bemängelte das Invaliditätsversicherungs=Gesetz, weil es Unzufriedenheit in den weitesten Kreisen hervorbringen werde. Ich glaube, daß das Gesetz noch manche Verbesserung wird erfahren können; ich halte es aber für den ersten Schritt auf einer segensreichen Bahn. Würden die verbündeten Regierungen und das hohe Haus nicht derselben Ansicht sein, so würde das Gesetz nicht Gesetz geworden sein. Wir sind über die Schwierigkeiten bei der Durchführung des Gesetzes nicht im Unklaren gewesen; aber wir sind davor nicht zurückgeschreckt; wir wollten dem Volk die Wohlthat auch nicht einen Tag länger vorenthalten, als unbedingt nöthig war. (Bravo.) Es hat, nach Herrn Richter, gemunkelt von weiteren Forderungen der Militärverwaltung. Ich kann mich auf die Bemerkung beschränken, daß die Quelle, die er dafür gehabt hat, sehr schlecht war, denn es ist mit einer solchen Vermehrung der Ausgaben nichts. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Sd.): Wir begrüßen es, wenn von allen Seiten Maßregeln getroffen werden, um die Sozialdemokraten zu bekämpfen, das ist ein Zeichen unserer Machtstellung. Auch Herr Richter hat sich dem angeschlossen durch die Verfassung seiner Irrlehren. Sind unsere Lehren unrichtig, dann werden wir zweifellos unterliegen, sind sie aber richtig, dann werden alle diese Bemühungen nichts helfen. Wir glauben natürlich das letztere. Herr Richter ist mit Rücksicht auf uns gegen eine Alters= und Invaliditätsversicherung. Auch wir haben gegen das Alters= und Invaliditätsgesetz gestimmt, aber wir sind nicht im Prinzip dagegen. Dieses Gesetz ist ein erster Schritt in der sozialdemokratischen Entwickelung. Kämpfen Sie nur so gegen uns; wir haben keine Furcht, in diesem Kampfe gegen Sie zu verlieren.

Herr Richter sagt, die äußere Politik habe sich gebessert, sie sei langweilig geworden. Das ist wahr. Trotz alledem aber werden fortgesetzt die Ansprüche für die militärischen Rüstungen vermehrt. Während unsere ganze soziale Entwickelung allmählich mehr und mehr auf eine Aussöhnung, eine Verbindung der Nationen hinweist, bildet sich im politischen Leben das gerade Gegentheil davon aus. Das wäre nicht möglich ohne die tiefen sozialen Gegensätze innerhalb der Völker selbst. Die Arbeiterklasse aller Völker ruft einmüthig nach Frieden. Der Wahlspruch der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, ist seit hundert Jahren unerfüllt geblieben, wie seit 2000 Jahren der Ruf unerfüllt geblieben ist, der bald wieder von Hunderttausenden von Kanzeln ertönen wird, der Ruf: Friede auf Erden. Das zeigt sich denn auch in unseren Budgets, wo die militärischen Forderungen riesenhaft wachsen. In den letzten 5 Jahren allein haben sich die ordentlichen Ausgaben um 105 Millionen die außerordentlichen Ausgaben um 940 Millionen Mark vermehrt. Freilich werden die herrschenden Klassen, die hier im Reichstage diese ungeheueren Summen bewilligen, davon nicht derart belastet, wie die arbeitenden Klassen, ihnen wird die Gut= und Blutsteuer nicht so fühlbar wie diesen. Diese Ausgaben lasten nicht nur vor Allem auf die arbeitenden Klassen, sondern dienen außerdem noch dazu, den besitzenden Klassen materielle Vortheile zuzuwenden. Unsere Gesetzgebung ist eben eine Klassengesetzgebung auf Kosten der Armen zu Gunsten der Reichen. Das zeigt sich besonders bei unserer Zoll= und Steuergesetzgebung. Einem Manne, der der Hauptträger dieser Steuerpolitik ist, einem der reichsten Leute aus Deutschland wird der gesetzliche Stempel erlassen; Millionen armer Leute werden dagegen bis aufs Blut ausgepreßt, ihnen werden die nothwendigsten Nahrungsmittel vertheuert und vielfach schon unmöglich gemacht. Diese Zustände sind der geeignetste Nährboden für die Bestrebungen unserer Partei. In Preußen will man jetzt durch eine Reform der Einkommensteuer eine Anstandssteuer von 3 Proz. für die reichsten Leute einführen, während der arme Mann durch die indirekte Steuergesetzgebung mit 20 Proz. besteuert wird. Da kann von einer ausgleichenden Gerechtigkeit nicht die Rede sein. Wir werden auch fernerhin das Budget ablehnen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der Etatsberathung).

Abg. Richter (persönlich): Der Herr Reichskanzler hat meine Auffassung über die Invaliditätsversicherung als eine Spezialität von mir bezeichnet. Der Herr Reichskanzler scheint überhört zu haben, daß ich meine Erklärung abgegeben habe in Uebereinstimmung mit allen meinen Parteigenossen (Sehr richtig! links) und, wie ich glaube, auch mit weiteren Kreisen darüber hinaus im Lande. Der Herr Reichskanzler meinte, ich habe mich in Widerspruch gesetzt mit meiner Beurtheilung der Invalidenversorgung für Militärs und für Arbeiter. Der Herr Reichskanzler scheint überhört zu haben, daß ich ausdrücklich unterschieden habe zwischen Invalidität im öffentlichen Dienst und Arbeitern in Privatverhältnissen. Der Herr Reichskanzler meint im Hinblick auf eine Einfuhr von verseuchtem Vieh in den letzten Tagen, es sei unglücklich gewesen, gerade jetzt gegen die Viehsperre zu eifern. Dem Herrn Reichskanzler scheint es entgangen zu sein, daß ich ausdrücklich bemerkte, daß, wenn man gerade in diesen Tagen verseuchtes Vieh bei der Einfuhr hätte erkennen können, man auch früher zu dieser Erkenntniß befähigt gewesen wäre. Endlich hat der Herr Reichskanzler, einer oratorischen Spur seines Kollegen Miquel folgend, gemeint, daß er solchen Expektorationen schon in der freisinnigen Presse begegnet sei. Wenn der Herr Reichskanzler wirklich neue Argumente theilweise schon vorher kannte, um so schlimmer für ihn, daß er sie nicht besser heute zu widerlegen vermochte (Heiterkeit).

(Schluß nach 4 Uhr.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

14. Sitzung vom 9. Dezember, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung der Novelle zur lex Huene (Verwendung von Ueberweisungen für Schulbauten).

Kultusminister v. Goßler spricht den Wunsch aus, daß die Vorlage selbst dann in dieser Session zur Verabschiedung komme, wenn darin das Volksschulgesetz nicht durchginge. Das Bedürfniß für einen Schulbaufonds habe sich immer mehr herausgestellt, und zwar in gleicher Weise für den Westen, wie für den Osten: eine Bevorzugung des letzteren finde nicht statt. Die bei der Berathung der lex Huene ausgesprochene Hoffnung, daß die Kreise aus den Ueberschüssen auch Summen zu Schulzwecken den Gemeinden überweisen werden, habe sich bisher nicht erfüllt; von 50 Millionen seien nur 200 000 Mark für Schulzwecke und davon 50 000 M. für Schulbauten verwendet worden, in Ost= und Westpreußen gar nichts (Hört! hört! links.) Eine Bestimmung dahin, daß innerhalb der jetzigen lex Huene ein bestimmter Prozentsatz zu Schulzwecken verwendet werden, sei nicht möglich, weil eine große Differenz besteht zwischen den Einnahmen der Kreise aus der lex Huene und dem Bedürfniß für Schulzwecke. Für die Vorlage spreche auch, daß jetzt die Gelder nicht immer in der richtigen Weise verwendet werden. Bis zu dem 1. April 1892 sei die Finanzlage des Staates gut zu übersehen. Es werde kein Opfer zugemuthet, sondern es solle den Kreisen nur von ihrem Ueberschuß zum allgemeinen Besten etwas genommen werden.

Abg. Dr. Windthorst (Ztr.) erklärt sich gegen das Gesetz. Ueber die Behauptung, daß die Gelder aus der lex Huene nicht richtig verwendet würden, sei kein Beweis erbracht worden. Es würde durch diese Novelle den Gemeinden Geld entzogen, auf welches sie sich eingerichtet haben (Abg. Rickert: Die Gemeinden bekommen es ja nicht, sondern die Kreise). Die Vorlage werde auch nur dazu dienen, den Einfluß des Staates auf die Schule zu vermehren. Da das Steuerwesen und Zollwesen sich in einer Krisis befinde, so halte er an dem fest, was ist. Auch im Reichstage werde er in den Agrarfragen auf denselben Standpunkt sich stellen. Redner beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Schulkommission.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (wildkons.) sieht nicht ein, warum man nur auf zwei Jahre den Kreisen je zehn Millionen abnimmt, warum das nicht gleich auf die Dauer geschehe. (Heiterkeit.) Redner erklärt sich im Allgemeinen für den Entwurf im Interesse einer freieren Bewegung der Regierung auf dem Gebiete des Schulwesens.

Abg. v. Bülow (freik.) empfiehlt eine Reform der lex Huene dahin, daß anstatt schwankender Ueberweisungen den Kreisen jährlich eine bestimmte Summe gegeben und ihnen zur Pflicht gemacht werde, daraus die Schulbaulast ganz oder zum Theil zu bestreiten. Seine Partei stehe dem Entwurf, wie er vorliege, nicht sympathisch gegenüber.

Finanzminister Dr. Miquel vertheidigt die Vorlage im Interesse der ärmeren Gemeinden, nachdem bisher so wenig aus der lex Huene für Schulzwecke verwendet worden sei. Der Entwurf sei um so gerechtfertigter, als die Grundlagen der lex Huene durch steigende Einnahmen aus den Getreidezöllen andere geworden seien. Die Festsetzung auf vorerst zwei Jahre hänge mit der Einkommensteuerreform zusammen, die zunächst erledigt werden müsse. Es handele sich nicht um einen Angriff auf die Schutzzölle. Die Ueberlassung eines so großen Dispositionsfonds an den Kultusminister sei unbedenklich.

Abg. Rickert (dfr.) billigt den Entwurf zwar nicht der Tendenz, aber der Form nach, wünscht ihn aber als eine einmalige Maßregel betrachtet zu sehen. Seine Bereitwilligkeit, für das Gesetz zu stimmen, habe ihren Grund in dem Verwendungszwecke der 20 Millionen. Wenn das Bedürfniß nach Schulbauten ein so großes sei, so müsse eben der Staat dafür eintreten. Die Aufrechnungen darüber, was der Westen für den Osten gethan habe, weist Redner entschieden zurück, mit Hinweis auf die großen Opfer, welche die östlichen Provinzen im Interesse des ganzen Landes in den großen Kriegen gebracht haben. Die Ueberweisung eines so großen Dispositionsfonds an den Minister hält Redner für bedenklich, da keine Kontrolle für dessen Verwendung vorhanden sei und schließlich die Schulräthe über diese Verwendung zu bestimmen haben würden, denen weniger zu trauen sei als dem Kultusminister. Redner widerspricht der Ueberweisung der Vorlage an die Schulkommission.

Abg. Dr. Sattler (nl.) hält das Bedürfniß zu einer Verwendung von 20 Millionen für Schulzwecke nicht nachgewiesen. Die nationalliberale Partei könne nicht einen Dispositionsfonds in dieser Höhe bewilligen, angesichts der vielen Fonds, welche dem Kultusminister schon jetzt zur Verfügung stehen.

Abg. Dr. Arendt (frk.) erklärt, daß er seine definitive Stellung zu dem Entwurf nach den Ergebnissen der Kommission richten werde; auch er habe dieselben Bedenken wie die nationalliberale Partei. Redner geht dann auf das Volksschulgesetz ein, für welches er einen Antrag auf Erhöhung der Wittwen- und Waisengelder der Lehrer in Aussicht stellt.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) hält ebenfalls das Bedürfniß nach so vielen Schulbauten nicht für nachgewiesen. Man müsse um so vorsichtiger sein, als bis jetzt ein großer Luxus mit Schulbauten auch auf dem Lande getrieben worden sei. Nicht richtig sei es, daß die lex Huene in erster Linie die Verwendung für Schulzwecke vorschreibe. Die Vorlage präjudizire die ganze Steuerreform in der Richtung der Ueberweisung. (Sehr richtig! rechts.) Im Lande herrsche eine große Beunruhigung darüber, daß man auf eine Aufhebung der Schutzmaßregeln für die Landwirthschaft ausgehe. (Sehr richtig! rechts.) Wenn auch die Landwirthschaft jetzt etwas höhere Preise habe, so habe sie doch die Krisis nicht ganz überwunden.

Finanzminister Dr. Miquel weist nochmals darauf hin, daß das Gesetz ja ein vorläufiges sei, und damit alle Befürchtungen in nichts zusammenfallen.

Abg. v. Tiedemann-Labischin (frk.) stellt sich im Wesentlichen auf den Boden der Vorlage.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Vorlage wird an die Schulgesetzkommission überwiesen.

Der Antrag Schulz-Lupitz auf Errichtung einer Versuchsstation für Pflanzenschutz wird an die Agrarkommission überwiesen.

Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß 2 Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 9. Dez. Die deutschen und die österreichisch-ungarischen Delegirten zu den Verhandlungen über einen deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertrag sind auf heute zum Diner bei dem Kaiser geladen.

Petersburg, 9. Dezember. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Kaiser und die Kaiserin besuchten am Sonntag das vom Prinzen von Oldenburg errichtete Institut für Experimental-Medizin, woselbst im Beisein derselben ein an Lupus Erkrankter mit der Kochschen Lymphe geimpft wurde. — Gestern wohnten der Kaiser und die Kaiserin dem im Winterpalais veranstalteten Feste der Georgsritter bei.

Die Rede des Kaisers Wilhelm in der Schulfragenkonferenz besprechend, glaubt die „Nowoje Wremja“, daß die Erfolge derselben nicht ausbleiben werden; die nationalen Grundlagen, auf welche der Kaiser sein Werk aufbaue, seien ihr sympathisch.

Nach Meldungen der Blätter treten demnächst in Petersburg Repräsentanten der Eisenbahnen, die den direkten russisch-österreichisch-ungarischen Verkehr vermitteln, zu einer Konferenz zusammen.

Bern, 9. Dez. Der Nationalrath hat den Artikel 10 des Auslieferungsgesetzes, betreffend vorwiegend politische oder vorwiegend gemeine Verbrechen mit 77 gegen 29 resp. mit 58 gegen 54 St. angenommen.

Paris, 9. Dez. Den Morgenblättern zufolge überstiegen die Einnahmen aus den indirekten Steuern und den Monopolen im November d. J. den Voranschlag um 3 700 000 Frcs. und die Einnahmen des entsprechenden Zeitraums des vorigen Jahres um 3 600 000 Frcs. Ein Mehrergebniß gegenüber dem Voranschlage weisen auf: indirekte Steuern 2 900 000 Frcs., Zucker 2 200 000 Frcs., Forsten 1 200 000 Frcs.; an Mindererträgnissen sind bei den Zöllen 1 800 000 Frcs. und bei den Monopolen 870 000 Frcs.

Der „Monde“ und „L'Univers“ veröffentlichen einen Brief des Kardinals Rampolla an einen französischen Bischof, welcher den Papst betreffs der Kundgebung des Kardinals Lavigerie befragt hatte. In dem Briefe führt Rampolla aus, daß die katholische Kirche weder in ihrer Verfassung, noch in ihren Lehrsätzen irgend welche Bestimmungen enthielte, daß diese oder jene Regierungsform ihr widerstrebe, denn jede derselben könne, wenn mit Gerechtigkeit und Klugheit gehandhabt, einen ausgezeichneten Gesellschaftszustand aufrecht erhalten. Der apostolische Stuhl respektire nicht nur die bürgerlichen Gewalten, sondern er unterhalte auch diplomatische Beziehungen mit denselben. Die Gläubigen möchten daher, wenn nicht besondere Gründe dem entgegenstünden, an den öffentlichen Angelegenheiten theilnehmen, damit der heilsame Einfluß der Religion zum Staatswohle beitrage. Die französischen Katholiken würden ein nützliches Werk verrichten, wenn sie diesen Weg wandelten.

Das „Echo de Paris“ meldet, die Cadres der Kavallerieoffiziere würden binnen Jahresfrist von 3680 auf 3608 reduzirt werden.

In Clermont-Ferrand ist in vergangener Nacht das dortige „Theater des variétés“ vollständig niedergebrannt. Ein Verlust an Menschenleben liegt nicht vor.

Paris, 9. Dezbr. Um den Klagen der Zucker- und Zuckerrüben-Industrie zu begegnen, hat der Ackerbauminister der Budgetkommission ein Besteuerungssystem vargeschlagen, nach welchem die Belastung des Zuckers auf 7,25 Frcs. resp. 7 Frcs. herabgesetzt würde. Den inländischen Zuckerfabrikanten, welche auf den Vortheil, den sie über ihre gesetzliche Steuerbelastung hinaus aus der Zuckerprämie ziehen, verzichten, soll ferner für die Campagne 1890/91 ein steuerfreies Quantum von 20 Prozent der wirklich produzirten Zuckermenge zugestanden werden.

Die Zollkommission nahm den von der Regierung beantragten Zoll von 5 Fcs. auf Getreide an.

Konstantinopel, 9. Dez. Der russische Unterthan Patrikow, Präsident des sogenannten „revolutionären armenischen Komite's“ und neun seiner Genossen wurden gestern vor dem Kriminalgericht in Stambul in Gegenwart des Dragomans der russischen Botschaft einem vorläufigen Verhöre unterworfen. Die öffentliche Verhandlung beginnt morgen.

Hamburg, 9. Dez. Der Postdampfer „Rugia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist, von Newyork kommend, heute Nacht 12 Uhr auf der Elbe eingetroffen.

Hamburg, 9. Dez. Der Postdampfer „Gellert“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist, von Newyork kommend, heute Morgens 5 Uhr auf der Elbe eingetroffen.

London, 8. Dez. Der Castle-Dampfer „Dunottar Castle“ ist gestern auf der Heimreise in London angekommen.

Der Castle-Dampfer „Drummond Castle“ hat heute auf der Ausreise Lissabon passirt.

Der Castle-Dampfer „Warwick Castle“ ist gestern auf der Ausreise in Capetown angekommen.

Wien, 10. Dez. Im auswärtigen Amte werden heute die österreichisch-deutschen Handelsvertrags-Verhandlungen nach dreitägiger Unterbrechung wieder aufgenommen und Freitag fortgesetzt werden.

Angekommene Fremde.

Posen, 10. Dezember.

Grand' Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Graf Plater aus Wielichowo, Taczanowski aus Bythin, Rogalinski aus Cerekwica, Frau Rutkowska mit Tochter aus Podlesie, Frau Kreczunowicz und Familie aus Koscielna wies, die Kaufleute Roerer aus Dresden, Hartmann aus Leipzig und Kaffler aus Berlin.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Kgl. Landrath Koegel aus Schwerin, die Rittergutsbesitzer Fräulein von Treskow aus Carlowitz und Brach aus Settendorf, Fabrikant Scheller aus Hamburg, Direktor Ebinger aus Dresden, Rentier Jülich aus Kieritz, Ingenieur Meyersberg aus Hannover und die Kaufleute Frentz aus Erfurt, Dahlers aus Chemnitz, Bieler aus Meißen, Maertz aus Mannheim, Meckauer aus Nürnberg, Kropp aus Hamburg, Neithardt und Freystadt aus Berlin.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Jungnickel aus Bottschow, Frau v. Gersdorf und Tochter aus Popowo, Frau Bierbaum aus Marienberg, Kammerpräsident v. Hantelmann u. Frau aus Baborowko, Rendant Blume aus Lubasch, die Kaufleute Schröder aus Stralau, Fehling, Cohn und Joachimczyk aus Berlin, Rettberg aus Bremen und Grießel aus Pforzheim.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Petzold aus Bernburg, Tetzlaw aus Hannover, Weidinger aus Stuttgart, Gymnasiallehrer Vilter aus Neiße, die Gutsbesitzer Michalski aus Thorn und Scheibelt aus Lissa, Rentier Hebestreit aus Dresden, Fabrikant Kopp aus Berlin.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Nerkowski aus Glogau, Hirschfeld und König aus Breslau, Bluhm und Kasper aus Thorn, Przybylski und Frau aus Mogilno, Henn aus Kulmbach, Frau Gerichtssekretär Ikier aus Krotoschin.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Wendler und Weigert aus Berlin, Boel aus Frankfurt, Ewald aus Apolda und Röder aus Pförten, Arzt Dr. Hübner aus Greifswald.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“, vorm. Langner's Hotel Die Kaufleute Beermann und Silbermann aus Berlin, Rentier Sarrazin aus Koryszewo und Konditor Stawinski aus Wongrowitz.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Preuß, Pinner und Brasch aus Berlin, Frau Barcinska aus Nieszawa, Techniker Raspe aus Arnswalde.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Die Rittergutsbesitzer von Kalkstein aus Mieleszyn, v. Chrzanowski und Frau aus Brudzewo Fr. v. Bielicka und Töchter aus Polen, Fr. Rozdeyczer u. Töchter aus Warschau, Fr. Koscianski und Töchter aus Pyzdry, Fr. Nagajewska und Töchter aus Gołuchowo, Agronom Müller aus Wreschen, die Kaufleute Hartmuth aus Breslau, Groch und Zię
binski aus Bromberg, v. Kamienski aus Samter.

Marktberichte.

Bromberg, 9. Dezember. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen: gute, gesunde Mittelqualität 180 — 188 Mk., feinster über Notiz. — Roggen je nach Qualität 160—168 Mk., feinster über Notiz. — Gerste unveränd. nach Qual. 130—145 Mk., gute Brauwaare 146—152 Mk. — Futtererbsen 125—135 Mk., Kocherbsen 140—150 Mk. — Hafer je nach Qualität 125—135 Mk. — Spiritus 50er Konsum 64,75 Mk., 70er 45,25 Mark.

Breslau, 9. Dezbr (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Roggen per 1000 Kilogramm —. Gek. —,— Ctr., abgelaufene Kündigungsscheine. — Per Dezember 176,00 Gd., April-Mai 167 Gd. — Hafer (per 1000 Kilogr.) —. Per Dezember 130,00 Br., April-Mai 132,00 Gd. — Rüböl (per 100 Kilogramm) —. Per Dezember 60,00 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe. Per Dezember (50er) 63,00 Gd., (70er) 43,50 bez., April-Mai (70er) 44,00 Gd. — Zink. Ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

** **Leipzig,** 9. Dez. [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per Dezember 4,27½ M., per Januar 4,30 M., per Februar 4,30 Mk., per März 4,30 M., per April 4,30 M., per Mai 4,30 M., per Juni 4,30 M., per Juli 4,30 M., per August 4,30 M., per Sept. 4,30 M., per Oktober 4,30 M., per November 4,30 M. Umsatz 100 000 Kilogramm. Behauptet.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1890.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
9 Nachm. 2	764,5	NO leiser Z.	bedeckt	+ 0,2
9. Abends 9	764,2	NO schwach	bedeckt	— 0,4
10. Morgs. 7	762,8	" "	bedeckt	— 0,7

Am 9. Dezbr. Wärme-Maximum + 1,3° Cels.
Am 9. " Wärme-Minimum — 0,8° "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 9. Dezber. Morgens 1,62 Meter.
" " 9. " Mittags 1,60 "
" " 10. " Morgens 1,60 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 9. Dez. Geschäftslos.

3½%ige L.-Pfandbriefe 97,00, 4%ige ungarische Goldrente 90,30, Konsolidirte Türken 18,25, Türkische Loose 78,50, Breslauer Diskontobank 105,00, Breslauer Wechslerbank 103,50, Schlesischer Bankverein 121,75, Kreditaktien*) 167,40, Donnersmarckhütte 83,50, Oberschlesische Eisenbahn 90,35, Oppelner Zement 108,00, Kramsta 128,00, Laurahütte 134,75, Verein. Oelfabr. 96,50, Oesterreichische Banknoten 177,00, Russische Banknoten 236,60. *) per ultimo.

Schles. Zinkaktien 200,00, Oberschles. Portland-Zement 123,50, Archimedes —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 123,00, Flöther Maschinenbau 117,50.

Hamburg, 9. Dezbr. Gold in Barren per Kilogr. 2786 Br., 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilogr. 139,75 Br., 139,25 Gd.

Frankfurt a. M., 9. Dezbr. Effekten-Sozietät (Schluß). Kreditakt. 264⅞, Franzosen 211⅞, Lombarden 116⅞, Galizier —, Egypter —,—, 4% ungar. Goldrente 90,20, 1880er Russen —,—, Gotthardbahn 160,40, Diskonto-Kommandit 206,90, Dresdner Bank 152,50, Laurahütte 134,70, Gelsenkirchen 172,40, Courl Bergwerk —,—, Griechische Monopol-Anleihe —,—, Darmstädter Bank —,—, Deutsche Bank —,—, Mexikaner —,—, Argentinier —,—, Türkische Tabaksaktien —,—, Berliner Handelsgesellschaft —,—, Portugiesen —,—. Schwach.

Privatdiskont — Prozent.

Wien, 9. Dez. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 357,25, österr. Kreditaktien 301,85, Franzosen 240,90, Lombarden 133,30, Galizier 202,25, Nordwestbahn 215,75, Elbethalbahn 220,00, österr. Papierrente 88,92½, do. Goldrente 107,85, 5proz. ungar. Papierrente 99,60, 4proz. do. Goldrente 102,40, Marknoten 56,57½, Napoleons 9,12, Bankverein 117,00, Tabaksaktien 143,50, Alpine Montan 89,25, Unionbank 238,50, Länderbank 217,60. Matt.

Paris, 8. Dezbr. (Boulevard-Verkehr.) 3% Rente 95,73, Italiener —,—, 4% ungar. Goldrente —,—, Türken 18,73, Türkenloose —,—, Spanier 75½, Egypter 486,25, Banque Ottomane 613,12, Rio Tinto 616,87, Tabaksaktien —,—, Panamaaktien 31,25. Ruhig.

Petersburg, 9. Dezbr. Wechsel auf London 85,40, Russ. II. Orientanleihe 105¾, do. III. Orientanleihe 107, do. Bank für auswärtigen Handel 277½, Petersburger Diskontobank 612, Warschauer Diskontobank —, Petersburger intern. Bank 512, Russ. 4½proz. Bodenkredit-Pfandbriefe 138, Große Russ. Eisenbahn 217, Russ. Südwestbahn-Aktien 113¾.

London, 9. Dezbr., Abends. Preußische Consols 105½, engl. 2¾prozent. Consols 95⅝, konv. Türken 18⅛, 4proz. konsolid. Russen 1889 (II. Serie) 98½, Italiener 93, 4proz. ungarische Goldrente 90¼, 4proz. unific. Egypter 95½, Ottomanbank 14¼, 6proz. konsol. Mexikaner alte 92½, neue Mexikaner 2¼proz. verde Silber 47¼, Lombarden —, 3⅓proz. Egypter —, De Beers —, Rio Tinto —, Suezaktien —, Canada Pacific —, 4½proz. Rupees —.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,66, Wien 11,74, Paris 25,54, Petersburg $27\frac{7}{16}$.

Aus der Bank flossen 725 000 Pfd. Sterl. in die amerikanische Münze und 10 000 Pfd. Sterl. nach Bahia.

Newyork, 8. Dezbr. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 248 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 100 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Contingent 109 000 Ballen. Vorrath 660 000 Ballen.

Rio de Janeiro, 8. Dez. Feiertag.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 9. Dez. Getreidemarkt. Weizen unveränd. — Roggen ruhiger, loko per 2000 Pfd. Zollgew. 162,00. Gerste still. — Hafer matt, loko per 2000 Pfd. Zollgewicht 128,00. — Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht flau. — Spiritus per 100 Liter 100 Prozent loko 64,50, per Dezember 64,00, Januar 64,00. — Wetter: Schön.

Danzig, 9. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loko flau, Umsatz 20 000 Tonnen, do. bunt und hellfarbig —, do. hellbunt 191,00, do. hochbunt und glasig 192—196, per April-Mai Transit 147,50, per Juni-Juli Transit 149,00. Roggen loko geschäftslos, inländ. per 120 Pfund —, do. polnischer od. russischer Transit —, do. per April-Mai 120 Pfund Transit 120,00, do. per Juni-Juli —. Gerste große loko —. — Gerste kleine loko —. Hafer loko 122—128. Erbsen loko —,—. Spiritus per 10 000 Ltr.-Proz. loko kontingentirt 64,00, nichtkontingentirter 41,50. Wetter: Veränderlich.

Köln, 9. Dez. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 19,00, do. fremder loko 22,00, per März 19,60, per Mai 19,90. Roggen hiesiger loko 17,50, fremder loko 19,25, per März 17,35, per Mai 17,25. Hafer hiesiger loko 15,00, fremder 17,00. Rüböl loko 63,00, per Mai 59,10.

Bremen, 9. Dez. Petroleum. (Schlußbericht) ruhig. Standard white loko 6,20 Br.

Norddeutsche Wollkämmerei 195 Br.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 147⅜ Gd.

Hamburg, 9. Dez. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezbr. 83¼, per März 77¼, per Mai 75¾, per Sept. 72¾. Behauptet.

Hamburg, 9. Dez. Zuckermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei am Bord Hamburg per Dez. 12,40, per März 1891 12,87½, per Mai 13,12½, per August 13,42½. Ruhig.

Hamburg, 9. Dezember. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holsteinischer loko neuer 184—186. Roggen loko ruhig, mecklenburg. loko neuer 180—190, russischer loko ruhig, 130—135. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) fest, loko 60. —

Spiritus matt, per Dezember 35 Br., per Dezember-Januar 35 Br., per April-Mai 34½ Br., per Mai-Juni 34¾ Br. — Kaffee ruhig. Umsatz — Sack. Petroleum ruhig. Standard white loko 6,20 Br., per Dezemb. 6,10 Br., 6 Gd. — Wetter: Klares Frostwetter.

Pest, 9. Dezbr. Produktenmarkt. Weizen loko fester, per Frühjahr 8,02 Gd., 8,04 Br. Hafer per Frühjahr 7,16 Gd., 7,18 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,25 Gd. 6,27 Br. — Kohlraps per Aug.-Sept. 1891 13,25 a 13,35. Wetter: Schön.

Paris, 9. Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Dezember 26,70, per Januar 26,20, per Januar-April 26,30, per März-Juni 26,40. Roggen ruhig, per Dezember 17,10, per März-Juni 17,60. Mehl beh., per Dezember 58,20, per Januar 58,30, per Januar-April 58,40, per März-Juni 58,60. Rüböl träge, per Dezember 63,50, per Januar 64,25, per Januar-April 65,00, per März-Juni 65,50. — Spiritus ruhig, per Dezember 36,75, per Januar 37,25, per Januar-April 38,25, per Mai-August 39,75. — Wetter: Kalt.

Paris, 9. Dez. (Schlußbericht.) Rohzucker 88° ruhig, loko 33,50 à —,—. Weißer Zucker träge, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dezbr. 35,75, per Januar 36,00, per Januar-April 36,37½, per März-Juni 37,00.

Havre, 9. Dez. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Hausse.

Rio — Sack, Santos — Sack. Recettes für Sonnabend.

In Brasilien Feiertag.

Havre, 9. Dez. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Dezember 103,50, per März 1891 97,25, per Mai 95,25. Ruhig.

Petersburg, 9. Dezbr. Produktenmarkt. Talg loko 43,00, per August —. Weizen loko 10,50. Roggen loko 7,25. Hafer loko 4,25. Hanf loko 43,00. Leinsaat loko 11,50. — Wetter: Frost.

Amsterdam, 9. Dez. Bancazinn 56.

Amsterdam, 9. Dez. Java-Kaffee good ordinary 58.

Amsterdam, 9. Dez. Getreidemarkt. Weizen per März 222. per Mai —. Roggen per März 159 à 160 a 159 a 158, per Mai 156 a 155 a 154.

Antwerpen, 9. Dezbr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 16 bez. und Br., per Dezember — bez., 15⅞ Br., per Januar — bez., 16¼ Br., per Januar-März — bez., 16¼ Br. Ruhig.

Antwerpen, 9. Dez. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer ruhig. Gerste unverändert.

London, 9. Dez. 96pCt. Javazucker loko 14¾ ruhig, Rüben-Rohzucker loko 12½ ruhig, Centrifugal Kuba —.

London, 9. Dez. Chili-Kupfer 54¾, per 3 Monat 55⅜.

London, 9. Dez. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Bedeckt.

London, 9. Dez. Wollauktion. Preise fest, unverändert.

Glasgow, 9. Dez. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbres Warrants 46 sh. 5 d.

Liverpool, 9. Dezbr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Ruhig.

Middl. amerikanische Lieferungen: Dezember — Käuferpreis, Dezember-Januar — do., Januar-Februar — Verkäuferpreis, Februar-März 5 13/64 Käuferpreis, März-April 5¼ Werth, April-Mai 5 9/32 Käuferpreis, Mai-Juni 5 21/64 do., Juni-Juli 5 23/64 do., Juli-August 5 25/64 Werth, August-September 5 11/32 d. Käuferpreis.

Liverpool, 9. Dez Getreidemarkt. Weizen und Mehl eher schwächer, Mais fest. — Wetter: Frost.

Bradford, 8. Dez. Markt ruhig, schwächer, Fabrikanten fahren fort Betrieb einzuschränken.

Newyork, 8. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9⅜, do. in New-Orleans 9⅜. Raff. Petroleum 70 Proz. Abel Test in New-York 7,25 Gd., do. in Philadelphia 7,25 Gd., rohes Petroleum in Newyork 7,00, do. Pipe line Certificates per Januar 61⅞. Schwach. Schmalz loko 5,97, do. Rohe u. Brothers 6,40. Zucker (Fair refining Muscovados) 4⅝. Mais (New) Januar 61⅞. Rother Winterweizen loko 103½. — Kaffee (Fair Rio-) 19¼. Mehl 3 D. 70 C. Getreidefracht 2. Kupfer per Januar nom. Weizen per Dezember 101½, per Januar 102¾, per Mai 103¾. — Kaffee Rio Nr. 7, low ordin. per Januar 16,17, per März 15,32.

Newyork, 8. Dezbr. Visible Supply an Weizen 24 570 000 Bushels, do. an Mais 2 278 000 Bushels.

Newyork, 9. Dez. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 53 000, do. nach Frankreich —, do. nach anderen Häfen des Kontinents —, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 40 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Qrts.

Berlin, 10. Dez. Wetter: Gelinde.

Newyork, 9. Dez. Rother Winterweizen per Dezember 1 D. 02¾ C., per Januar 1 D. 03½ C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 9. Dez. Der heutige Fondsmarkt eröffnete in unentschiedener und eher schwacher Haltung; die neuesten New-Yorker Nachrichten, weitere Insolvenzen des dortigen Platzes betreffend, veranlaßten die Spekulation zu andauernder Zurückhaltung, so daß das Geschäft auch heute auf keinem Gebiet größere Ausdehnung erreichte.

Im Verlaufe befestigte sich zwar die Gesammttendenz der Börse und die anfänglich meist etwas schwächeren Course erfuhren durchweg mäßige Steigerungen, aber die Umsätze blieben überall belanglos. Bankaktien, anfänglich wenig im Preise verändert, stellten sich später fast ausnahmslos höher.

Von inländischen Eisenbahnaktien lagen nur Ostpreußen schwach, die übrigen konnten sich gut behaupten. Oesterreichische und schweizerische Transportwerthe hielten sich bei meist leicht gebesserten Preisen sehr still; italienische und russische Eisenbahn-, sowie spekulative Industriewerthe blieben ganz vernachlässigt. Recht feste Haltung und fortgesetzt sich steigernde Preise zeigten alle Montanwerthe. Ausländische Fonds blieben meist fest, aber still, und nur Russenwerthe waren billiger offerirt.

Im weiteren Verlauf blieb die Tendenz des Gesammtmarktes ziemlich fest, schwächte sich aber gegen offiziellen Börsenschluß unter Kursrückgängen auf den meisten Gebieten nicht unwesentlich ab; matt lagen besonders Russenwerthe, sowie Lombarden und Franzosen auf Wiener Verkaufsordres.

Deutsche und preußische Staatsanleihen konnten sich gut behaupten. Eisenbahnprioritäten hielten sich ruhig, aber fest; 3prozentige Lombardische, Transkaukasier und amerikanische Prioritäten waren gefragt, beide erstgenannte zu höheren Preisen. Der Kassamarkt blieb fast umsatzlos, die Mehrzahl der Kurse wenig verändert. Privatdiskont 5¼ Prozent.

Produkten-Börse.

Berlin, 9. Dez. An der heutigen Börse war **Weizen** still und auf die niedrigeren Newyorker Preise hin um 1 M. billiger. Von **Roggen** sind mehrere Posten Libauer Waare, prompte Abladung zu 123½—124 M. cif Stettin, gehandelt werden, auch inländische Waare ist mehr angeboten; bei dem milderen Wetter hofft man, daß es den Anstrengungen der bei Rathenow arbeitenden Dampfer gelingen wird, die dort verwinterten Kahnladungen frei zu machen, so daß eine ausgiebigere Zufuhr in der nächsten Zeit ermöglicht würde. Nach festem Einsatz war das Angebot später überwiegend, so daß die Preise um ¾ M. unter gestrigen Schlußstand wichen. **Hafer.** Auf Angebote aus Kähnen, die in Schlesien laden, gab der Frühjahrstermin bei ziemlich großen Umsätzen um 1¾ M. nach. **Mais** still, aber fest. **Roggenmehl** still und billiger. **Rüböl** behauptet. **Spiritus.** Die Lokozufuhr war zu billigeren Preisen nur schwer verkäuflich. Termine schwächten sich unter Schwankungen ferner um 70 Pfg. ab. Die Verfügung, daß die landwirthschaftlichen Brennereien künftig schon am 1. September die Kampagne beginnen können, drängte die Kauflust für die hinteren Termine zurück.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm. Loko geschäftslos. Termine niedriger. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 185—195 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 190 Mark, per diesen Monat 191,75 bis ,50 bez., per Dezember-Januar —, per März-April —, per April-Mai 193,25—192,75 bez., per Mai-Juni — bezahlt, per Juni-Juli —.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko flau. Termine niedriger. Gekündigt 350 Tonnen. Kündigungspreis 181 M. Loko 174 bis 184 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 180 M., inländischer klammer 175, guter 180—181 ab Bahn bez., per diesen Monat 181,5—182—180 bez., per Dezember-Januar —, per Jan.-Februar — bez., per April-Mai 172,5—,25—,75—171,5 bez., per Mai-Juni 169—168 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Matt. Große und kleine 130 bis 200 M. nach Qualität. Futtergerste 137—150 M.

Hafer per 1000 Kilogr. Loko feine Waare fest. Termine niedriger. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 140 bis 156 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 143 M., pommerscher, preußischer und schlesischer mittel bis guter 142—145, feiner 148—154 ab Bahn bez., per diesen Monat 144—143,75 bez., per Dezember-Januar —. per Februar-März —, per April-Mai 141,75—141 bezahlt, per Mai-Juni — bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine still. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 139 bis 147 M. nach Qualität, per diesen Monat 138 bez., per Dezember-Januar —, per April-Mai 1891 132 bezahlt, per Mai-Juni —.

Erbsen per 1000 Kg. Kochwaare 160—200 M., Futterwaare 140—146 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kg. brutto incl. Sack. Termine niedriger. Gek — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat 25,3—,2 bez., per Dezember-Jan. — bz., per Jan.-Februar 1891 — bez., per Februar-März — bez., per April-Mai 1891 24,15—23,9 bez.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sack. Loko 23,00 M.

Feuchte Kartoffelstärke per diesen Monat — M., per Nov.-Dezember —,— M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sack. Loko 23.00 M.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Faß. Still. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß — bez., loko ohne Faß — bez., per diesen Monat 58,9—,7 bez., per April-Mai 57,3 Mark.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 Kilo mit Faß in Posten von 100 Ztr. — M. Termine —, Gekündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Loko — M. Per diesen Monat — M., per Nov.-Dez. — M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 64,8 bez., per diesen Monat —, per September-Oktober —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 45,1—,2 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Matter. Gek. 10 000 Liter. Kündigungspreis 45,2 Mark. Loko mit Faß —, per diesen Monat, per Dezember-Januar und Januar-Februar 1891 45,2—,4—44,8—,45 bez., per April-Mai 45,5—,3—,8—,2—,4 bez., per Mai-Juni 45,6—,4—,9—,3—,5 bezahlt, per Juni-Juli 46 bis 45,8—46,4—46 bezahlt, per Juli-August 46,4—,2—,7—,2—,4 bez., per August-September 46,8—,5—47—46,7 bezahlt.

Weizenmehl Nr. 00 27,5—26, Nr. 0 25,75—24,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 25,25—24,75, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 26,25—25,25 bezahlt, Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. inkl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll = 4¼ M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf., 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto Wechsel v. 9.

Amsterdam	2½	8 T.	168,25 bz
London	5	8 T.	20,32 5 bz
Paris	3	8 T	80,35 bz
Wien	4½	8 T.	176,20 bz
Petersburg	6	3 W.	235,10 bz
Warschau	6	8 T.	235,75 bz

In Berlin 5½. Lombard 6 u. 6½.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,31 G.
20 Francs-Stück	16,13 G.
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,33 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	80,45 bz
Oestr. Noten 100 fl.	176,45 bz
Russ. Noten 100 R.	235,90 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	105,00 bz
do. do.	3½	97,80 bz
do. do.	3	86,30 bzG.
Prss. cons.Anl.	4	105,00 B.
do. do.	3½	97,90 bz
do. do.	3	86,50 B.
Sts.-Anl. 1868	4	101,60 bz
Sts-Schld-Sch.	3½	99,75 bz
BerlStadt-Obl.	3½	96,20 bz
do. do.neue	3½	96,90 B.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	96,00 G.
Pfandbriefe: Berliner	5	117,00 bz
do.	4½	111,75 bz
do.	4	104,25 G.
do.	3½	96,60 G.
Ctrl.Ldsch	4	103,00 bz
do. do.	3½	95,90 3½ 84,80
Kur. uNeumrk.neue	3½	96,00 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	95,70 bz
Pommer.	3½	96,50 G.
do.	4	
Posensch.	4	101,10 G.
do.	3½	96,50 G.
Schl. altl.	3½	97,25 bz
do. do.	4	
ldschl.LtA.	3½	97,10 bz
do.	4	
do.do.neu	3½	97,30 bz
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	95,30 G.
do.neul. II.	3½	95,90 G.
Renten: Pommer.	4	102,00 B.
Posensch.	4	102,20 B.
Preuss.	4	102,00 B.
Schles.	4	102,00 B.
Bad. Eisenb.-A.	4	103,60 G.
Bayer. Anleihe	4	104,30 bzG.
Brem. A. 1890	3½	
Hmb.Sts. Rent.	3½	96,00 B.
do. do. 1886	3	
do. amortAnl.	3½	
Sächs. Sts. Anl.	4	
do. Staats-Rnt	3	87,60 bzG.
Prss. Präm-Anl	3½	170,25 G.
H.Pr.-Sch.40T.	—	325,75 bz
Bad Präm.-An.	4	137,40 bz
Bayr Pr.-Anl.	4	138,75 B.

Brnsch.20.T.L.	—	103,70 bz B.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	135,40 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	133,00 bz
Lüb. 50 T.-L.	3½	131,75 bz
Mein. 7Guld-L.	—	27,20 bz
Oldenb. Loose	3	128,50 bz

Ausländische Fonds.

Argentin.Anl.	5	69,00 kl. 70,60
do. do.	4½	57,00 kl. 57,00
Bukar.Stadt-A.	5	97,10 kl. 97,10
Buen. Air.G.-A.	5	60,30 kl. 69,50
Chines. Anl.	5½	109,25 bz
Dän. Sts.-A.86.	3½	95,00 B.
Egypt. Anleihe	3	
do. do.	4	97,00 kl. 97,00
do. do.		
do. do.	3½	91,50 bz
Finnländ. L.	—	60,90 bz
Griech. G.-A	5	91,20 bz
do. neue	4	71,25 kl. 72,00
Italien. Rente	5	92,75 kl. 92,75
Kopenh. St.-A.	3½	94,50 G.
Lissab.St.A.I.II.	4	75,00 kl. 75,10
Mexikan. Anl.	6	93,10 kl. 96,50
Mosk. Stadt-A.	5	76,00 bzG.
Norw.Hyp-Obl	3½	97,75 bz
do. Conv.A.88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	95,00 kl. 95,40
do. Pap.-Rnt.	4⅕	78,80 bz B.
do. do.	5	
do. Silb.-Rent.	4⅕	78,50 kl. 78,70
do. 250 Fl. 54.	4	119,50 bz
do.Kr.100(58)	—	333,50 bz
do. 1860er L.	5	124,00 B.
do. 1864er L.	—	319,00 G.
PesterStadt-A.	6	87,90 kl. —.—
Poln.Pf-Br.I-IV	5	70,90 bzG.
do.Liq.-Pf.-Br.	4	68,40 G.
Portugies.Anl. 1888—89	4½	85,60 B.
Raab-Gr.Pr.-A.	4	
Röm. Stadt-A.	4	87,75 B.
do. II. III. IV.		84,00 G.
Rum. Staats-A.	4	
do. do. Obl.	6	101,25 kl. 101,25
do. fund. Obl.	5	101,50 kl. 101,7
do.do.amort.	5	99,00 kl. 99,10
Rss.Engl.A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	118,50 bz
do. 1859	3	87,30 kl. —,—
cons.1871		
do. 1872		
do. 1873		
do. 1875	4½	101,90 kl. 102,00
do. 1889	4	
do. 1880	4	97,10 G.
Russ. Goldrent	6	
do. 1884stpfl.	5	104,70 bz
I. Orient 1877	5	77,25 B.
II. Orient 1878	5	78,40 bz B.
III. Orient 1879	5	78,75 bz B.
Nikolai-Obl.	4	97,00 kl. 97,10
Pol.Schatz-O.	4	94,50 kl. 91,00
Prä.-Anl. 1864	5	175,00 bz
do. 1866	5	160,00 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	108,00 G.
do. neue	4½	101,50 G.
Schwedische	4½	
Schw.d.1888	3½	86,70 bz
do. 1890	3	
Schw. Hyp.-Pf.	4½	101,80 bz
Serb.Gld-Pfdb.	5	92,00 bz
do. Rente	5	87,60 bzG.
do. do. neue	5	88,00 bzG.
Stockh. Pf. 87.	4	97,75 bz
do. St.-Anl. 87	3½	
Span. Schuld	4	
Türk.A. 1865in Pfd. Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	23,50 G.
do. do. C.	1	18,30 B.
do. do. 90	4	74,20 bz
Trk.400Frc.-L.	—	78,10 bzG.
do. EgTrib-Anl	4½	
do.Tabk-Regie	4	
Ung. Gld-Rent.	4	90,50 kl.91,50
do.Gld.-Inv.-A.	5	102,40 bz
do. do do.	4½	101,00 bz G.
do.Papier-Rnt.	5	87,90 bzG.
do. Loose	—	255,50 bzG
do.Tem-Bg.-A.	5	86,20 bz
Wiener C.-Anl.	5	105,00 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2⅝	67,00 bz
Altenbg.-Zeitz	8 4/15	181,50 bz
Crefelder	4½	100,50 bz
Crefld-Uerdng	0	33,05 G.
Dortm.-Ensch.	3¾	87,10 bz
Eutin-Lübeck.	1½	51,00 bzB.
Frnkf.-Güterb.	½	88,00 G.
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	226,75 G.
Lübeck-Büch.	7¾	165,00 bz
Mainz-Ludwsh	4⅜	114,90 bz
Marnb.-Mlawk.	⅓	53,60 bz
Meckl Fr.Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	100,50 G.
Ostpr. Südb.	3	82,00 bz
Saalbahn	⅓	37,75 bzG.
Stargrd-Posen	4½	102,50 bzG.
Weimar Gera	0	20,10 bz
Werrabahn	3	73,80 bz
Albrechtsbahn	1	35,10 bzG.
Aussig-Teplitz	18½	430,00 bz
Böhm. Nordb.	7	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	5½	78,25 G.
Buschtherader	8	204,00 bz
Canada Pacifb.	3	
Dux-Bodenb.	7½	228,70 bz
Galiz. Karl-L.	4	89,80 bzG.
Graz Köflach	7	118,00 G.
Kaschau-Od.	4	75,00 bz B.
Kronpr. Rud.	4¾	89,25 G.
Lemberg-Cz.	6¾	101,50 bz
Oesterr.Franz.	2,70	108,00 bz G.
do. Lokalb.	4	
do. Nordw.	4¾	
do.Lit.B.Elb.	5½	98,00 bz
Raab-Oedenb.	½	29,70 bzG.
Reichenb.-P.	3 81	76 25 bz G.
Südöstr. (Lb.)	1⅗	59,60 bz
Tamin-Land	0	2,30 G.
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	3	68,00 G.
Donetzbahn	5	101,00 bz
Ivang. Domb.	5	101,40 G.
Kursk-Kiew	10,44	
Mosco-Brest	3	73,25 bz G.
Russ. Staatsb.	5	
do. Südwest.	5⅔	82,50 G.
Warsch-Teres	5	
do. Wien.	15	240,25 B.
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	6⅗	160,00 bz
Gotthardbahn	7⅕	161,00 G.
Ital. Mittelm.	5½	
Ital.Merid.-Bah	7⅕	
Lüttich-Lmb.	0,45	22,20 bz G
Lux. Pr. Henri	2,30	60,10 bzG.
Schweiz.Centr	6⅗	158,00 bz
do. Nordost	6	137,50 bz
do. Unionb.	5	
do. Westb.		
Westsicilian.	4	67,00 B

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm-Colberg	4½	112,50 bzB.
Bresl-Warsch.	2¼	50,60 bz
Czakat.-St.-Pr.	5	101,90 bz
Dux-BodnbAB.		
Paul-Neu-Rup.	4½	
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	5½	
Dortm.-Ensch.	4½	111,40 bz
MarienbMlawk	5	107,25 bz
Mecklb. Südb.	4	20,20 bz
Ostpr. Südbah	5	112,50 bz G
Saalbahn	5	107,25 G.
Weimar-Gera	3⅓	97 10 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

BrslSchwFrb H		
do. Lit. K		
do. do. 1876		
Bresl.-Warsch	5	
Mz Ludwh 68/9	4	
do. 81	4	
Meckl Fr.Franz	3½	
Nied-Märk III.S		
Oberschl.Lit.B	3½	
do. Lit. E	3½	
do.Em.v.1879	4½	
doNiedrsZwg	3½	95,75 bz
do (StargPos)	4	
OstprSüdb I-IV	4½	
Rechte Oderuf		
Albrechtsb gar	5	89,10 G.
BuschGold-Ob	4½	103,10 B.
Dux-Bodenb. I.	5	91,10 G.
Dux-PragG-Pr.	5	106,50 G.
do.	4	98,70 bzB.
Franz.-Josefb.	4	
Gal KLudwg. g.	4½	87,00 G.
do. do. 1890	4	83,25 bz
Kasch-Oderb. Gold-Pr.g.	4	97,70 bzB.
Kronp Rudolfb	4	82,50 G.
do.Salzkammg	4	99,90 bz G.
Lmb Czernstfr	4	78,40 ebz G.
do. do. stpfl.	4	72,50 B.
Oest. Stb. alt,g	3	83,40 bz
do.Staats-I.II	5	106,25 G.
do.Gold-Prio.	4	99,90 bz
do. Lokalbahn	4½	83,25 bz G
do. Nordwestb	5	93,00 G
do.NdwB.G.-Pr	5	106,10 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	92,10 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	69,50 B.
Reichenb.-Prior. (SNV)	5	
do. Gold-Prior.	5	
Südost. B. (Lb.)	3	66,90 et bzG.
do. Obligation.	5	104,20 G.
do. Gold-Prior.	4	98 20 bzG.
Chark.-Asow gar		
Chark.Krem.gar.	5	—,— kl. —,—
Gr.Russ. Eis.gar.	3	—.— kl. 81,90
Jelez-Orel gar.		
Jelez-Woron. g.		
Ivang.-Dombr. g.	4½	100,00 G.
Kozlow-Wor. g.	4	92,3 bz G.
Kursk-Chark. 89	4	92,5 bzG.
do. Chark.As.(O)	4	92,10 bz
do. (Oblig.) gar.		
Kursk-Kiew conv	4	92,80 et bzG.
Losowo-Sebast.	5	97,00 bz
Mosco-Jaroslaw	5	75,40 bz
do. Kursk gar.	4	87,40 G.
do. Rjäsan gar.	4	94,20 bz
do.Smolensk g.	5	100,60 kl. —,—
Orel-Griasy conv	4	92,10 bz
Poti-Tiflis gar.	5	101,50 bz
Rjäsan-Koslow g	4	92,80 et bzG.
Rjaschk-Morozg	5	100,70 B.
Rybinsk-Bolog.	5	95,80 ll. 91,10
Schuja-Ivan. gar.	5	100,40 kl. —,—
Südwestb. gar.	4	94,00 et bz G.
Transkaukas. g.	3	82,50 kl. 82,5
Warsch.-Ter. g.	5	101,20 kl. 101,20
Warsch-Wien II.	4	94,90 bz
Wladikawk. O. g.	4	93,25 B.
Zarskoe-Selo	5	92,30 G.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	56,3 kl. 56,60
Serb. Hyp.-Obl.	5	92,30 bz
do. Lit. B.	5	88,10 bzG.
Süd-Ital. Bahn.	3	60,60 kl. —,—
Central-Pacific	5	
Ilinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	96,75 G.
Northern Pacific	6	110,80 G.
San Louis-Francisco	6	
Southern Pacific	6	109 60 bz

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	
Dtsche.Grd.-Kr.-Pr. I	3½	109,00 bz
do. do. II.	3½	105,50 bz
do. do. III. abg.	3½	97,30 G.
do. do. IV. abg.	3½	96,10 G.
do. do. V. abg.	3½	92,75 B.
do. Hp. B. Pf. IV.V.VI.	5	110,50 G.
do. do.	4	100,60 bzG.
do. do.	3½	94,00 G
Hmb.Hyp.Pf.(rz.100)	4	100,50 G.
do. do.(rz.100)	3½	93,80 bz
MeiningerHyp Pfdbr.	4	100,50 G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	130,10 G.
Pomm.Hypoth.-Akt.-B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	100,50 bz G.
PrB.-Cr.unkb(rz110)	5	
do.Sr.III.V.VI.(rz100)	5	107,00 G.
do. do. (rz.115)	4½	113,50 bz
do. do.X.(rz.110)	4½	110,00 G.
do. do. (rz.100)	4	100,20 B.
Pr.Centr.-Pf.(rz.100)	4	101,10 bz G
do. do. (rz.100)	3½	94,00 bz G.
do. do. kündb.	4	
Pr.Centr.-Pf. Com-O	3½	93,90 bzG.
Pr.Hyp.-B. I. (rz.120)	4½	113,10 G.
do. do. VI.(rz.110)	5	112,00 G.
do. div.Ser.(rz.100)	4	100,70 bzG.
do. do. (rz. 100)	3½	94,80 bz
Prs.Hyp.-Vers.-Cert.	4½	100,0 G.
do. do. do.	4	100,50 bz
do. do. do.	3½	94,10 bz
Schles.B.-Cr(rz.100)	4	100,10 bz
do. do. (rz.100)	3½	94.60
Stettin,Nat.-Hyp.-Cr.	5	104,00 G.
do. do. (rz.110)	4½	103,0 B.
do. do. (rz.110)	4	99,30 G.
do do. (rz.100)	4	98,50 G.

Bankpapiere.

B.f.Sprit-Prod. H	2⅓	66,60 G.
Berl. Cassenver.	6	137,10 G.
do. Handelsges.	12	156,00 bz G.
do. Maklerver.	10	136,60 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	12	172,25 G.
Bresl. Disc.-Bk.	7	105,00 G.
do. Wechslerbk.	7	103,50 G.
Danz. Privatbank	8¼	
Darmstädter Bk.	10½	
do. do. junge	10½	153,60 bz G.
Deutsche Bank	10	155,0 bz
do Genossensch	8	128,40 G.
do. Hp.Bk.60pCt.	6¼	111,10 G.
Disc.-Command.	14	208,00 bz G.
Dresdener Bank	11	152,90 bz
Gothaer Grundcreditbank	0	80,10 n.91,40
Internat.-Bank	9	106,00 bz G.
Königsb. Ver.-Bk	6	104,50 bz G.
Leipziger Credit	12	201,70 G.
Magdeb. Priv.-Bk	5⅔	110,60 G.
Maklerbank	9	129,00 bz G.
Mecklenb.Hyp. u. Wechs.	7½	
Meininger Hyp.-Bank 50 pCt.	5	102,30 bz
Mitteld.Crdt.-Bk.	7	108,00 bz
Nationalbk. f. D.	10	126,50 bz
Nordd. Grd.-Crd.	0	81,00 G.
Oester.Credit-A.	10⅝	
Petersb.Disc.-Bk	19	
do. Intern. Bk.	15	
Pom. Vorz.-Akt.	4	101,50 bzG.
Posen. Prov.-Bk.	6	
Pr. Bodencr.-Bk.	6½	121,50 bzG.
do.Cnt-Bd.50pCt	10	154,80 G.
do.Hyp.-Akt.-Bk.	6½	120,25 bz G.
do. Hyp. V. A. G. 25 pCt.	8	109,00 G.
do.Immob.-Bank 80 pCt.	7⅓	364,00 B.
do. Leihhaus	10	
Reichsbank	7	143,00 bz B.
Russische Bank	6⅕	
Schles. Bankver.	8	122,20 bz
Warsch Comrzb.	9	
do. Disconto	8¼	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	10	171,50 bz G.
Anglo Ct. Guano	12½	149,50 G.
Bauges.: Berl.-Charl.	4	122,00 G.
City St.-Pr.	5	
Dtsche. Bau.	3⅓	83,50 bz G.
Hann. St.-P.	4	71,00 G.
Bauges. Humb.	8	115,75 B.
Moabit	7	113,00 B.
Passage	5½	69,25 bz G.
U. d. Linden	0	21,50 bz G.
Berl.Elektr-W.	10	187,00 bz G.
Berl. Lagerhof	0	76,00 G.
do. do. St.-Pr.	5	111,00 B.
Ahrens Br.,Mbt	—	62,00 bz G.
Berl. Bock-Br.	—	72,00 bz G.
Schultheiss-Br	16	274,10 G.
Bresl. Oelw.	4¾	196,50 bzG.
Deutsch.Asph.	3	71,00 G.
DynamitTrust.	8½	155,70 bzB.
Erdmannsd.Sp	6½	94,40 B.
Fraust. Zucker	—	98,25 bzG.
Glauz. do.	8⅔	106,50 bz B.
GummiHarbg.-Wien	29	268,00 bzG.
do. Schwanitz	14½	200,75 G.
doVoigtWinde	6	127,00 G.
do.VolpiSchlöt	6⅓	106,00 G.
HemmoorCem	13	141,00 bzG.
Köhlm. Strk.	—	217,00 G.
Körbisdf-Zuck.	5	98,00 B.
Löwe & Co.	18	305,00 G.
Bresl. Linke	12	171,40 bz
do. Hofm.	12	168,25 G.
Germ-Vrz.-Akt	—	100 00 bzG.
Görlitz cv.	13	148,00 G.
Görl. Lüdr.	13	161,90 G.
Grusonwrk.	—	153,50 G.
H. Paucksch.	8	
Schwarzkopff.	16	250,00 bzG.
Stettin.Vulk.-B	0	107,75 G.
Sudenburg	20	279,00 G.
O.-Schl. Cham.	10	112,50 bzG.
do. Portl.-Cem	10	
OppelnCem-F.	7	107,00 bzG.
do. (Giesel)	10	
Gr.Berl.Pferdb	12½	256,00 bz.
Hamb. Pferdeb	5	122,50 G
Potsd.cv Pfdrb	5½	102,00 a 32,00
Posen.Sprit-F.	4	
Rositzer Zuck.	7	77,50 G.
Schles. Cem.	14½	140,00 G.
StettBred.Cem	7	128 50 bzG.
do. Chamott.	25	351,00 bz
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	12	189,80 bzG.
Berzelius	6½	117,90 B.
Bismarckhütte	18	169,50 bz G.
BochGussst-F.	—	154,10 bz
Donnersmrck	4	108,50 a 83,40
Dortm. St-Pr.A	6	81,10 bz
Gelsenkirchen	7	172,25 bz G.
Hibernia	8½	176,5 j 161,50
Hörd St.-Pr.-A.	—	71,40 bz
Inowracl. Salz	0	38,00 bzG.
König u. Laura	11	135,00 G
Lauchham. cv.	13	141,25 a 110,75
Louis.TiefStPr	—	150,50 bz
Oberschl. Bd.	6	90,00 G.
do. Eisen-Ind.	14	163,50 G.
Redenh.St.-Pr.	7	83,75 G.
Riebeck. Mont.	15	181,00 G.
Schles. Kohlw.	0	61,00 bzG.
do. Zinkhütt.	13	200,10 bz
do. do. St.-Pr.	13	199,90 bz
Stolb. Zk.-H.	2½	66,00 bzG.
do. St.-Pr.	7½	127,10 bz
Tarnowitz cv.	0	20,10 G.
do. do. St.-Pr.	7	69,50 bz

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.